

Medienbeobachtung

06.07.2023

Inhaltsverzeichnis

- S. 3 **Das große Feilschen um den Steuerkuchen**
06.07.2023 , Salzburger Nachrichten Seite 2

Das große Feilschen um den Steuerkuchen

Wer erhält welches Stück? Die Länder pochen in den Verhandlungen zum Finanzausgleich auf mehr – und beschwören Einigkeit.

Wien. Zehn Milliarden Euro über fünf Jahre verteilt, lautete das Angebot des Bundes am Montag für den Gesundheitsbereich. Viel zu wenig, riefen die Länder. Nötig seien sieben bis acht Milliarden Euro für Länder, Städte und Gemeinden pro Jahr, hieß es. – Das große Ringen um die Verteilung des Steuergelds, in dem Fall um die Mittel für den Gesundheitsbereich, geht also munter weiter. Die Zeit drängt. Spätestens bis Jahresende muss der neue Finanzausgleich stehen. Die Bundesländer setzen große Erwartungen in Kärntens Landeshauptmann Peter Kaiser, der den Vorsitz der Landeshauptleutekonferenz im Juli übernommen und damit die Oberhand über die heiklen Gespräche hat.

„Bis Ende des Jahres braucht es einen Abschluss, der die Mehrkosten und Mehrleistungen der Bundesländer finanziell abdeckt und gleichzeitig die notwendigen Reformen im Gesundheits-, Pflege- und Bildungsbereich einleitet“, sagte etwa Tirols Landeshauptmann Anton Mattle (ÖVP) am Mittwoch zur APA.

Finanzausgleich. Was sperrig klingt, beschreibt die größte Geldumverteilungsmaschine des Landes: Also wie die Einnahmen aus den großen Steuern – Lohn- und Einkommensteuern, Umsatz- und Körperschaftssteuer – auf Bund, Länder und Gemeinden auf mehrere Jahre verteilt werden beziehungsweise wer welchen Anteil am Steuerkuchen für welche Aufgaben bekommt. Alle paar Jahre geht es ans Eingemachte. Zuletzt wurde 2017 ein Finanzausgleich verhandelt, der während der Coronapandemie ein Mal verlängert wurde.

Nun ist es wieder so weit: Seit Dezember wird geredet, bis Herbst sollte die Neuverteilung unter Dach und Fach sein. Heißestes Eisen ist die Gesundheits- und Pflegefinanzierung. Dynamisch haben sich aber auch die Kosten im Bereich Bildung, Soziales und öffentlicher Verkehr entwickelt, betonen die Bundesländer. Ein Fortschreiben des noch geltenden Finanzausgleichs sei jedenfalls keine Option, hatte Peter Kaiser bereits betont.

Länder wie Kommunen pochen vor allem darauf, dass der vertikale Verteilungsschlüssel geändert wird – wenn die öffentlichen Leistungen in gewohnter Weise weiterbestehen sollen, wie Städtebund-Generalsekretär Thomas Weninger am Mittwoch sagte. Das hieße: 60,5 Prozent für den Bund, 25 Prozent für die Länder und 14,5 Prozent für die Städte und Gemeinden. Derzeit ist die Verteilung in etwa so: 66 Prozent Bund, 22 Prozent Länder, elf Prozent Kommunen.

Ob sich daran etwas ändert, sei „die grundsätzliche Frage“, sagt Karoline Mitterer vom Zentrum für Verwaltungsforschung KDZ. Damit würde das, was seit Langem passiert – dass Länder und Gemeinden vor allem im Gesundheits- und Pflegebereich mehr Geld erhalten –, amtlich. Der Bund würde aber dadurch Gestaltungsmöglichkeit verlieren. Oder man behält das bisherige System bei, bei dem über 15a-Vereinbarungen zwischen Bund und Ländern zusätzliche Töpfe geschaffen werden. Bisher wurde der Schlüssel noch nie verändert. Allerdings ergebe es durchaus Sinn, an diesem Rad zu drehen, betont Mitterer. Denn mittlerweile habe sich die Dimension in den Bereichen Gesundheit und Pflege so

entwickelt, dass „das Gesamtgefüge nicht mehr passt“ und es in den kommenden Jahren für alle drei Ebenen – Bund, Länder und Gemeinden – schwierig werden wird.zim

Quelle	Salzburger Nachrichten
Typ	Tageszeitungen
Land	AT
Sprache	Deutsch



Rabenvater Staat ...

WWW.SN.AT/WIZANY

Das große Feilschen um den Steuerkuchen

Wer erhält welches Stück? Die Länder pochen in den Verhandlungen zum Finanzausgleich auf mehr – und beschwören Einigkeit.

WIEN. Zehn Milliarden Euro über fünf Jahre verteilt, lautete das Angebot des Bundes am Montag für den Gesundheitsbereich. Viel zu wenig, riefen die Länder. Nötig seien sieben bis acht Milliarden Euro für Länder, Städte und Gemeinden pro Jahr, hieß es. – Das große Ringen um die Verteilung des Steuergelds, in dem Fall um die Mittel für den Gesundheitsbereich, geht also munter weiter. Die Zeit drängt. Spätestens bis Jahresende muss der neue Finanzausgleich stehen. Die Bundesländer setzen große Erwartungen in Kärntens Landeshauptmann Peter Kaiser, der den Vorsitz der Landeshauptleutekonferenz im Juli übernommen und damit die Oberhand über die heiklen Gespräche hat.

„Bis Ende des Jahres braucht es einen Abschluss, der die Mehrkosten und Mehrleistungen der Bundesländer finanziell abdeckt und gleichzeitig die notwendigen Reformen im Gesundheits-, Pflege- und Bildungsbereich einleitet“, sagte etwa Tirols Landeshauptmann Anton Mattle (ÖVP) am Mittwoch zur APA.

Finanzausgleich. Was sperrig klingt, beschreibt die größte Geldumverteilungsmaschine des Landes: Also wie die Einnahmen aus den großen Steuern – Lohn- und Einkommensteuern, Umsatz-

und Körperschaftsteuer – auf Bund, Länder und Gemeinden auf mehrere Jahre verteilt werden beziehungsweise wer welchen Anteil am Steuerkuchen für welche Aufgaben bekommt. Alle paar Jahre geht es ans Eingemachte. Zuletzt wurde 2017 ein Finanzausgleich verhandelt, der während der Coronapandemie ein Mal verlängert wurde.

Gesundheitskosten äußerst dynamisch

Nun ist es wieder so weit: Seit Dezember wird geredet, bis Herbst sollte die Neuverteilung unter Dach und Fach sein. Heißestes Eisen ist die Gesundheits- und Pflegefinanzierung. Dynamisch haben sich aber auch die Kosten im Bereich Bildung, Soziales und öffentlicher Verkehr entwickelt, betonen die Bundesländer. Ein Fortschreiben des noch geltenden Finanzausgleichs sei jedenfalls keine Option, hatte Peter Kaiser bereits betont.

Länder wie Kommunen pochen vor allem darauf, dass der vertikale Verteilungsschlüssel geändert wird – wenn die öffentlichen Leistungen in gewohnter Weise weiterbestehen sollen, wie Städtebund-Generalsekretär Thomas Weninger am Mitt-

woch sagte. Das hieße: 60,5 Prozent für den Bund, 25 Prozent für die Länder und 14,5 Prozent für die Städte und Gemeinden. Derzeit ist die Verteilung in etwa so: 66 Prozent Bund, 22 Prozent Länder, elf Prozent Kommunen.

Ob sich daran etwas ändert, sei „die grundsätzliche Frage“, sagt Karoline Mitterer vom Zentrum für Verwaltungsforschung KDZ. Damit würde das, was seit Langem passiert – dass Länder und Gemeinden vor allem im Gesundheits- und Pflegebereich mehr Geld erhalten –, amtlich. Der Bund würde aber dadurch Gestaltungsmöglichkeit verlieren. Oder man behält das bisherige System bei, bei dem über 15a-Vereinbarungen zwischen Bund und Ländern zusätzliche Töpfe geschaffen werden. Bisher wurde der Schlüssel noch nie verändert. Allerdings ergebe es durchaus Sinn, an diesem Rad zu drehen, betont Mitterer. Denn mittlerweile habe sich die Dimension in den Bereichen Gesundheit und Pflege so entwickelt, dass „das Gesamtgefüge nicht mehr passt“ und es in den kommenden Jahren für alle drei Ebenen – Bund, Länder und Gemeinden – schwierig werden wird. zim

Das Ende von konsequenzlosen Fake News steht zur Diskussion

Vor nicht allzu langer Zeit war die Verbreitung falscher Gerüchte in Österreich verboten. Nun könnte der Tatbestand, der 2015 abgeschafft wurde, ein Revival erleben. Zwar heißen die „Gerüchte“ heute Verschwörungstheorien beziehungsweise

GLOSSE Bettina Figl

Fake News, aber die Ausmaße, die diese annehmen, sind besorgniserregend bis demokratiegefährdend: Das bewies der Sturm auf das Kapitol in den USA im Jahr 2021 oder jene Falschnachricht, die 2016 diplomatische Zerwürfnisse zwi-

schen Pakistan und Israel ausgelöst hat (nachdem der pakistanische Verteidigungsminister einem gefälschten Nachrichtenartikel auf den Leim gegangen ist, drohte er Israel mit dem Einsatz atomarer Waffen). Viele Staaten würden heute mit Fake News einen Informationskrieg betreiben, warnte nun ein Staatsschützer. Er fordert daher im „Profil“ ein Gesetz gegen Fake News, denn die Verbreitung von Desinformation dürfe nicht konsequenzlos bleiben. Sobald es nähere Informationen zu dem Vorstoß gibt, lesen Sie es in den „Salzburger Nachrichten“ – wir garantieren, dass wir unseren journalistischen Prinzipien treu und frei von Fake News bleiben werden.



Neo-Abgeordnete Muna Duzdar nach der Angelobung. BILD: SN/APA/ROLAND SCHLAGER

Rendi-Wagners Nachfolgerin kam mit Baby auf dem Arm

WIEN. Am Mittwoch endete endgültig die politische Karriere der abgelösten SPÖ-Chefin Pamela Rendi-Wagner. Im Nationalrat wurde ihre Nachfolgerin als Abgeordnete, Muna Duzdar, angelobt. Die frühere Staatssekretärin kam mit ihrem Baby auf dem Arm in den Plenarsaal.

Die SPÖ hat unterdessen die von Rendi-Wagner verkündete Blockade von Zweidrittelmaterien aufgegeben, sodass das zuletzt liegen gebliebene Elektrizitätswirtschafts- und -organisationsgesetz beschlossen werden konnte. Weitere Beschlüsse betrafen das umstrittene neue ORF-Gesetz und das Gesetzespaket gegen Raser im Straßenver-

kehr. Insgesamt stehen in den letzten drei Sitzungstagen vor der parlamentarischen Sommerpause rund 40 Gesetzesbeschlüsse an.

Weitere 22 Beschlüsse fasste die Regierung am Mittwoch im Ministerrat. ÖVP und Grüne werteten den „Beschlussmarathon“ in National- und Ministerrat als Beweis für die Arbeitsfähigkeit und den Erfolg der Koalition. Die Opposition sah das naturgemäß anders.

Für eine Schrecksekunde im Parlament sorgte ein Besucher, der es schaffte, in den Plenarsaal einzudringen und auf der Regierungsbank Platz zu nehmen. Er gab an, sich verlaufen zu haben. SN, APA

KURZ GEMELDET

Universitäten pochen auf Budgeterhöhung

WIEN. Die Universitäten befinden sich finanziell in einer „unkomfortablen“ Situation, klagt die Präsidentin der Universitätenkonferenz, Rektorin Sabine Seidler. Zum einen sei der von der Regierung zugesagte Teuerungsausgleich noch nicht zur Gänze ausbezahlt, womit die Finanzierung des Universitätsbetriebs im kommenden Jahr in der Luft hänge. Derzeit fehlen laut Seidler 525 Millionen Euro. Zum anderen müsse bald der Finanzrahmen für die Periode 2025 bis 2027 abgesteckt werden, damit die Unis planen können.

Spenden für Bildung werden absetzbar

WIEN. Auch Spenden an Sportvereine und Bildungseinrichtungen sollen ab 2024 steuerlich abgesetzt werden können. Vereinfachungen soll es auch für Spenden im Bereich Kunst und Kultur geben. Das hat Finanzminister Magnus Brunner (ÖVP) am Mittwoch angekündigt. Bisher können nur die Spenden an 1500 Vereine und Einrichtungen sowie die Feuerwehren abgesetzt werden. Im Bildungsbereich sind derzeit nur Spenden für Forschung und Erwachsenenbildung absetzbar.

Sehr geehrte Abonnentinnen und Abonnenten!

Verantwortungsvolle Berichterstattung, redaktionelle Unabhängigkeit und journalistische Qualität stellen Werte dar, denen sich die „Salzburger Nachrichten“ seit ihrer Gründung vor 78 Jahren ganz besonders verpflichtet sehen. Die Wahrung dieser Prinzipien wird ganz entscheidend durch Sie, geschätzte Leserinnen und Leser, getragen und bildet den Auftrag, den es zu erfüllen gilt. Verlässliche Qualität von Inhalt und Service verlangt von den „Salzburger Nachrichten“, nachhaltig zu wirtschaften – aufgrund von Kostensteigerungen, zuletzt vor allem in den Bereichen Energie

und Papier, erfordert dies auch Preisanpassungen beim Abonnement. Ab 1. Juli 2023 gelten daher folgende Tarife:
Tages-Abonnement: 44,50 Euro/Monat, bei Jahresvorauszahlung 42,50/Monat. Donnerstag- od. Samstag-Abonnement: 13,00 Euro/Monat. Donnerstag- & Samstag-Abonnement: 24,00 Euro/Monat. Donnerstag-, Freitag- u. Samstag-Abonnement: 31,50 Euro/Monat. Montag-Freitag-Abonnement: 39,00 Euro/Monat. Digital-Abonnement: 31,80 Euro/Monat, bei Jahresvorauszahlung 28,50 Euro/Monat. Kombi-Abonnement Print & Digital: Zum 1-4

Tage Print 7 Tage Digital 19,90 Euro/Monat, zum 5-6 Tage Print 7 Tage Digital 4,90 Euro/Monat, Studenten-Abonnement Digital only 9,90 Euro/Monat.

Der neue Preis gilt für alle Abonnentinnen und Abonnenten ab der nächsten Rechnungslegung.

Vielen Dank für Ihre Treue zu den „Salzburger Nachrichten“!
Ihr SN-Kundenservice-Team

Gern sind wir für Sie da:
Telefon: +43 662 / 8373-222
Mo.-Fr. 7-14 Uhr, Samstag 7-12 Uhr
E-Mail: SERVICE@SN.AT